

## Antrag

Hannover, den 18.01.2022

Fraktion der SPD  
Fraktion der CDU

### **Wohnungslose Menschen in Niedersachsen unterstützen und das Prinzip Housing First landesweit umsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

Bereits in den vergangenen Jahren hat das Land Niedersachsen die Hilfs- und Beratungsangebote in den Bereichen Kinderschutz, Frauenschutzhäuser, Sucht- und Schuldnerberatung ausgebaut. Die Situation von Wohnungslosen und insbesondere von Menschen, die „auf der Straße leben“, ist häufig durch komplexe Problemlagen wie z. B. Suchtverhalten, psychische Verhaltensauffälligkeit oder Verschuldung gekennzeichnet. Ihre Situation hat sich während der Corona-Pandemie verschärft. Sie zählen zur Hochrisikogruppe für COVID-19-Erkrankungen, sind dem Virus jedoch nahezu schutzlos ausgeliefert. Maßnahmen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger erreichen diese Personengruppe nicht. Das Angebot der Wohnungslosenhilfe steht durch die Corona-Maßnahmen teilweise nur beschränkt zur Verfügung. Notunterkünfte, in denen oftmals immer noch bis zu 70 Personen in einem Raum untergebracht sind, fehlende Versorgungsinfrastruktur und aufgrund von Hygienevorschriften weniger Kapazitäten bei niedrighschwelligem Angeboten sind nur drei Punkte, die verdeutlichen, was es bedeutet, wohnungslos zu sein.

Viele obdachlose Personen sind sich ihrer bestehenden Ansprüche nicht bewusst. Da während der Corona-Pandemie viele Hotels und Jugendherbergen leer standen, wurden die wohnungslosen Menschen zeitweise dort untergebracht. Für viele dieser Menschen war diese Notlösung eine positive Erfahrung und ein Schritt in Richtung Selbstständigkeit. Viele fanden den Mut, den Weg aus der Obdachlosigkeit zu suchen, und wurden inzwischen erfolgreich in ein Arbeitsverhältnis vermittelt oder leben in einer eigenen Wohnung. Ziel muss es daher sein, den Betroffenen möglichst nachhaltig eine selbstständige Lebensführung in einer eigenen Wohnung zu ermöglichen. Dieses Thema besitzt gerade im Winter eine besondere Relevanz.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung,

1. die basale Versorgung der Menschen ohne Unterkunft durch flankierende Unterstützung kommunaler Investitionen für Straßenambulanzen zu stärken und bei den Kommunen für die Schaffung von Aufenthaltsmöglichkeiten während des Tages sowie Mahlzeiten und den Zugang zu sanitären Anlagen abzusichern,
2. Clearingstellen einzurichten, um Ansprüche gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung zu klären und geltend zu machen,
3. mit den Kommunen ein Konzept zu erarbeiten, das durch Nutzung eigener Flächen oder gegebenenfalls Anmietung von Räumen in Jugendherbergen, Schullandheimen, freien Wohnungen, freien Hotels etc. kurzfristig ein zusätzliches Angebot an Plätzen zur Übernachtung - möglichst in Einzelzimmern - schafft,
4. das Projekt Housing First weiter auszubauen und weitere Projekte zu entwickeln, die nach demselben Prinzip arbeiten, um Betroffenen eine dauerhafte Perspektive zu bieten,
5. zur Verwirklichung der Housing-First-Projekte möglichst kurzfristig Wohnraum zu schaffen, der auch nachhaltig für diese Projekte genutzt werden kann, und zusätzlich den sozialen Wohnungsbau zu fördern, um den Menschen eine bezahlbare Perspektive zu geben,
6. innovative Projekte modellhaft zu fördern, mit denen Wohnungslose niederschwellig erreicht werden und ihnen geholfen werden kann, z. B. mit dem App-gesteuerten Projekt „Grow Pad“.

## Begründung

Wohnungslose sind durch die Pandemie in besonderer Weise betroffen. Parallel zu den Housing-First-Projekten müssen auch die Standards in den kommunalen Unterkünften verbessert werden. Es muss ein menschenwürdiges Umfeld geschaffen werden, das den wohnungslosen Menschen Ruhe und Stabilität bietet. Nur dann kann diesen Menschen wirklich geholfen werden, und nur dann können sie wieder ein aktiver Teil unserer Gesellschaft werden.

Die finanziellen Folgen der Pandemie belasten die öffentlichen Haushalte extrem, aber es muss auch in diesen Zeiten dafür gesorgt werden, dass das soziale Miteinander und das Vertrauen in Politik und deren Lösungsfähigkeit nicht gefährdet wird. Nur wenn der soziale Frieden gewahrt bleibt, wenn die Lasten der Krise gerecht verteilt und nicht als individuelles Risiko abgetan werden, kann diese Krise auf lange Sicht gemeistert werden.

Für die Fraktion der SPD

Wiard Siebels  
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke  
Parlamentarischer Geschäftsführer